

**Eigenerklärung zur Eignung für die Ausschreibungen des Kommunalreferats zur Erstellung eines Bewerberkreises für Rechtsanwaltsdienstleistungen 2024 - 2028**

**1. Angaben zum Unternehmen und zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung**

**1.1 Allgemeine Angaben**

Name/Firma	
Anschrift (Straße/Platz, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Land)	
Sitz (falls abweichend von vorstehender Anschrift; Angabe der abweichenden Anschrift des Sitzes)	
Telefonnummer	Telefaxnummer
E-Mail-Adresse	
Internetadresse	
In dem vorliegenden Verfahren nehme ich/nehmen wir teil als (zutreffendes ankreuzen):	
<input type="checkbox"/> Bewerber <input type="checkbox"/> Bewerber <input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerbergemeinschaft <input type="checkbox"/> Nachunternehmer <input type="checkbox"/> anderes Unternehmen	

Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes	<input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind eingetragen im Berufs- oder Handelsregister:	
	unter (Register-, Mitgliedsnummer, Aktenzeichen oder sonstiges Zeichen):	
	bei (Gericht, Behörde, Kammer oder sonstige Einrichtung, die das Berufs- oder Handelsregister führt):	
	<input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet.	

_____ Geburtsname	_____ Bei Abweichung vom Geburtsnamen: Familienname
_____ Vorname(n)	_____ Geburtsdatum
_____ Geburtsort	_____ Staatsangehörigkeit
Mein/ Unser Betrieb ist bei folgender Berufsgenossenschaft angemeldet:	
_____ Bezeichnung:	_____ Mitgliedsnummer:

## 1.2. Angaben zu Ausschlussgründen

### Angaben zu Ausschlussgründen entsprechend § 123 GWB

<input type="checkbox"/>	<p>Hiermit erkläre ich/erklären wir, dass <b>keiner</b> der nachstehenden Tatbestände vorliegt:</p> <p>1. Eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, ist in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt worden oder gegen das Unternehmen ist in den letzten fünf Jahren eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden wegen einer Straftat nach:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen),</li><li>• § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder</li><li>• § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),</li><li>• § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,</li><li>• § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),</li><li>• § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen andere öffentliche Haushalte richtet,</li><li>• § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen andere öffentliche Haushalte richtet,</li><li>• § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),</li><li>• § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),</li><li>• den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),</li><li>• Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder</li><li>• den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).</li></ul> <p>Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.</p> <p>2. Das Unternehmen ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Einer der vorbezeichneten Ausschlusstatbestände entsprechend § 123 GWB liegt vor.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich habe/wir haben auf gesondertem Blatt Erläuterungen beigefügt, mit denen Umstände geltend gemacht werden, warum ich/wir dennoch an dem Vergabeverfahren teilnehme(n)</p>

### Angaben zu Verurteilungen, die zu Eintrag im Gewerbezentralregister führen

<input type="checkbox"/>	<p>Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Jahren <b>nicht</b> aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat (insbesondere nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz), mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden bin/sind.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Einer der vorgenannten Verurteilungen liegt vor.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich habe/wir haben auf gesondertem Blatt Erläuterungen beigefügt, mit denen Umstände geltend gemacht werden, warum ich/wir dennoch an dem Verfahren teilnehme(n)</p>

## Angaben zu Ausschlussgründen entsprechend § 124 GWB

<input type="checkbox"/>	<p>Hiermit erkläre ich/erklären wir, dass <b>keiner</b> der nachstehenden Tatbestände vorliegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.</li> <li>• Das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, oder sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder hat seine Tätigkeit eingestellt.</li> <li>• Das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.</li> <li>• Das Unternehmen hat mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.</li> <li>• Das Unternehmen war bereits in die Vorbereitung des Verfahrens einbezogen, woraus eine Wettbewerbsverzerrung resultiert und diese nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann.</li> <li>• Bei der Durchführung des Verfahrens besteht ein Interessenskonflikt, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Verfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.</li> <li>• Das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt.</li> <li>• Das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln</li> <li>• Das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Verfahren erlangen könnte, oder hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.</li> </ul>
<input type="checkbox"/>	<p>Einer der vorbezeichneten Ausschlussstatbestände entsprechend § 124 GWB liegt vor.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich habe/wir haben auf gesondertem Blatt Erläuterungen beigefügt, mit denen Umstände geltend gemacht werden, warum ich/wir dennoch an dem Verfahren teilnehme(n)</p>

## 2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.	Jahr	€

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.	Jahr	€

